

POLITISCHE ABTEILUNG II  
p.a.133.41.-HDA/MTR

Bern, 31. August 1992

**BOTSCHAFTERKONFERENZ:**  
**AFRIKA-SEMINAR VOM 18. UND 20. AUGUST 1992**

**Afrika südlich der Sahara im Uebergang zur Demokratie**

Protokoll der Gespräche vom Morgen des 18. August 1992

**Einführung von Botschafter Pierre-Yves Simonin**

Botschafter **Pierre-Yves Simonin (SI)**, PA II weist einleitend darauf hin, dass die **Solidarität mit Afrika**, das mit enormen Problemen zu kämpfen hat, nicht zuletzt in unserem eigenen Interesse liegt. In Bereichen wie dem **Umweltschutz** oder der **Migration** ziehe die Dritte Welt am stärkeren Strick. Nach rund 30 Jahren Unabhängigkeit konstatiere man nun in Afrika, dass einige Länder vom **Chaos bedroht und deren Staat am Untergehen** sei. Andererseits lasse sich auch in verschiedenen Ländern eine **Tendenz in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft** feststellen. Dient die aufkeimende Demokratie als Fassade für neue oder alte Eliten, ohne auf das Land vorzudringen, oder ist dies vielmehr als Beginn einer reellen Demokratisierung zu verstehen, die zunächst innerhalb minoritärer Eliten beginnt? Ist es möglich eine erste Bilanz dieser politischen Entwicklung auf dem Kontinent zu ziehen? Welches sind die Chancen und die Gefahren des Prozesses? Welches sind die Strategien anderer Beteiligter, wie der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten oder Japans?

Im anschliessenden Gespräch am Nachmittag handle es sich darum, zu erörtern **wie die Schweiz diesen demokratischen Prozess besser unterstützen könne**. Welches sind die Auswirkungen und Grenzen der schweizerischen Aktivitäten? Wann soll bilateral, wann multilateral vorgegangen werden? Und schliesslich, welches sind die Konsequenzen des Demokratisierungsprozesses für unsere Politik gegenüber Afrika und für unsere Verwaltung? Die Diskussion könne zu vorläufigen Schlussfolgerungen für unsere Aussenpolitik führen. Sie soll für die kommenden Monate zum Nachdenken Anlass geben im Hinblick auf die **regionale Botschafterkonferenz**, die, falls Bundespräsident René Felber dem zustimmt, nächstes in Jahr in Afrika stattfinden wird.

### Leitgedanken von Botschafter Robert Mayor, Kinshasa

Botschafter **Robert Mayor** (MA) nimmt Bezug auf das von ihm verfasste Thesenpapier. Wenn er, wie gebeten, eher auf die negativen Aspekte des gegenwärtigen politischen Prozesses eingehe, könne er indessen den Afropessimismus von Jean Ruffin nicht teilen. Er stehe den Ideen von Professor Jean Emmanuel Bondi näher (die Kommentare beziehen sich auf die verteilten Texte). Den eher simplifizierenden Anschauungen Ruffins stellt er Phänomene wie die Abhaltung **nationaler Konferenzen** entgegen. Sie führten in Kinshasa zu einer neuen Ausdrucksweise, die in der Tradition des afrikanischen "Palavers" stehe. Man könne das aus westlicher Sicht als übermässiges Gerede, als zu teuer und wenig konkret bezeichnen, als kollektive Therapie oder Exorzismus interpretieren. Auf jeden Fall sei eine **eigene Dynamik** wahrnehmbar. Beispiele dafür seien die gerade erfolgte Wahl eines neuen Premierministers in Zaïre, der in starker Opposition zu Mobutu stehe oder die jüngsten, demokratischen Präsidentschaftswahlen im Kongo. Auch wenn damit der Erfolg nicht garantiert sei, beginne man "den Tunnel zu verlassen".

**Kulturelle Aspekte** können den Prozess verzögern oder in Frage stellen. Dazu gehört die Clan-Mentalität mit ihrer Unterordnung des Individuums, Verantwortungslosigkeit gegenüber einem übergeordneten Kollektiv oder der Gesellschaft, die "Pflücker-Mentalität", die Rolle des "Uebernatürlichen" und eine mangelnde Vorbereitung auf Unvorhergesehenes. MA rät aufgrund der je nach Land unterschiedlichen Nuancen zu **extremer Vorsicht** in der Analyse von Prozessen und der praktischen Anwendung von Konzepten. Er empfiehlt eine sehr individuelle Therapie. Als Motor der Entwicklung hätten westliche Länder eine wichtige Rolle zu spielen. Der Prozess habe aber, anders als dies Ruffin vermuten lasse, **ohne westliche Länder, vor der Perestroika in Osteuropa und vor der Rede von La Baule begonnen**. Eine **neue Generation von Afrikanern** fordere mehr Beteiligung und Transparenz. Sie will in die Entscheidungen miteinbezogen werden.

Es steht westlichen Ländern zu, einen **materiellen und psychologischen Beistand** zu gewähren, Sympathie zu zeigen. Deren Haltung ist jedoch teilweise zweideutig. **Frankreich** beispielsweise verfolge wirtschaftliche und strategische Ziele, ohne dass dessen Haltung stets klar sei. Teilweise würden rasche Resultate in der Demokratisierung angestrebt. Der **Prozess sei indessen lang** und mit Schwerfälligkeiten belastet. Realpolitik und lokale Begebenheiten seien zu berücksichtigen. Während sich Mobutu in Zaïre an der Diktatur festkralle, spiele Denis Sassou Nguesso in Kongo das demokratische Spiel.

2. Es brechen alte Konflikte aus, die unter der Einheitspartei unterdrückt worden waren.
3. Demokratisch gewählte Repräsentanten missbrauchen ihre Macht.
5. Ohne Demokratisierung gibt es **kein entwicklungspolitisches take off**. Afrika braucht Zeit und Geduld. Der Staat ist oft Fremdkörper; ein take off ist nur möglich bei einem Gesellschaftsmodell, das von der Bevölkerung getragen wird. Dazu gehört z.B. der informelle Sektor. Im Falle von nicht selbstbestimmter Entwicklung ist Zurückhaltung angezeigt.
6. **Wir brauchen Afrika, aber ein stabileres und entwickelteres. Die Entwicklungszusammenarbeit ist zu überdenken und zu vertiefen:**
  1. Die politischen und sozialen Verhältnisse in Schwerpunktländern sind genau zu beobachten, um nicht Steuergelder zu verschleudern.
  2. Haben unsere Partner wirklich ein Interesse an einem demokratischen Uebergang oder verlieren sie durch einen solchen?
  3. Wie demokratisch sind unsere Projekte? Wie stark ist die Bevölkerung einbezogen? Wie flexibel und disponibel ist die Hilfe?

### Diskussion

Botschafter **Armin Kamer (KA)**, Nairobi stellt in den sechs Ländern, für die er zuständig ist, unterschiedliche Verhältnisse fest: Die **ugandische Gesellschaft** wird von Museveni für tribalistisch, vorindustriell und für die Demokratie noch nicht reif gehalten. Auf den **Seychellen** wurde der Diktator wiedergewählt. **Somalia** erinnert uns daran, wie **fragil die Strukturen sind, die von den Kolonialmächten nach Afrika gebracht** wurden. Gerade Nomaden haben kaum ein Verhältnis zu einer Verwaltung, einem Staat oder einer Hauptstadt. Dies alles ist in Somalia zusammengebrochen, und es bleibt eigentlich nichts mehr. Die Somalier kehren zum System der Aeltestenräte zurück.

Zwischen diesen Extremen liegen **Kenia, Rwanda und Burundi**. Zwar sind hier Demokratisierungsprozesse im Gang, aber es sind **Stammesgegensätze** aufgebrochen, die von Diktaturen unterdrückt oder verschwiegen worden waren. Besonders deutlich ist dies in **Kenia**, wo Stämme wieder zu einem gewissen Selbstbewusstsein gelangt sind. Die Staaten sind nicht vorbereitet, mit solchen Problemen, die sich rasch blutig manifestieren können, umzugehen. Ein gewisser **Föderalismus** oder Autonomien könnten hier Lösungen bieten, von welchen Kenia indessen weit entfernt ist (zentralistischer Staat; Präsidialsystem, das der Diktator zur Machtausübung missbraucht). Föderalismus wäre gerade in Kenia möglich, weil sich die Stämme geographisch festlegen lassen und die tribale Vermischung noch nicht

anwendbar. Das Hauptgewicht der Geberländer ist auf **good governance** zu legen. Die **Erfüllung der Grundbedürfnisse** stellt eine Voraussetzung für Demokratie dar. **Strukturanpassungsprogramme** sind oft nur mit grossen Opfern durchführbar. Wir selbst hätten uns in 1 1/2 Jahrhunderten grossgehungert. Mit Blick auf **autoritäre Strukturen in südostasiatischen Staaten** stellt sich die Frage, ob solche nicht auch für Afrika besser wären, selbst wenn sie Grundfreiheiten einschränken und zu Korruption führen können. Der **pursuit of happiness** westlicher Art könne nicht auf Afrika übertragen werden, da dort die notwendigen Ressourcen fehlen. Es besteht die Gefahr, dass mit der Demokratie auch **Konsumansprüche** wie im Westen gestellt werden. Von seiten der Geberländer sei eine **Mischung aus Geduld und Härte** notwendig.

Laut Botschafter **Peter Schweizer (SC)**, Addis Abeba, **begeistert die Demokratisierung Afrika**. Bei ihrer Verbreitung spiele das **Radio** eine grosse Rolle. Die Demokratie sei Gesprächspartnern immer wieder darzulegen. **Good governance** und **Regionalisierung** seien erklärungsbedürftig. In **Aethiopien** geht das Gespenst des Tribalismus um. Die kürzlichen Wahlen wurden ohne Verfassung und mit einer gewissen Konzeptlosigkeit veranstaltet, was zu einem nicht ganz klaren Resultat geführt habe. Das über 3000 jährige Aethiopien, das älteste unabhängige Land Afrikas, hat ein stark entwickeltes Nationalgefühl. Unklar ist die Aufteilung des Landes unter der gegenwärtigen Uebergangsregierung. **SC begrüsst, dass wir die Wahlen unterstützt haben**. Dadurch kamen wir **eng mit der Führung des Landes in Kontakt**. Im Gegensatz zu Aethiopien, wo Demokratisierung der wirtschaftlichen Entwicklung vorausgeht, kümmert man sich in **Eritrea** in erster Linie um den Wiederaufbau. Dazu werden auch Militärs eingesetzt.

Botschafter **Willy Hold (HD)**, Yaoundé, nimmt in den 5 Ländern, in welchen er akkreditiert ist, verschiedene Szenarien wahr:

1. In **Sao Tomé und Príncipe** finde eine politische Oeffnung und eine Abkehr von einem autoritären System statt. Es gebe soviel Freiheit und Pluralismus, wie dies unter den herrschenden Umständen möglich ist. Der Preis sei hoch. Soziale Konflikte drohen. Es bestehe die Gefahr eines Zurückkrebsens.
2. In Ländern wie **Kamerun, Gabun und Aequatorialguinea** sei eine formelle Annahme gewisser demokratischer Institutionen (Wahlen, Parlamente, Pressegesetz) feststellbar. Die Spannweite zwischen **pays légal** und **pays réel** ist unterschiedlich:
  - In Gabun wurde die Demokratie durch den Präsidenten verordnet und die Opposition lächerlich gemacht.
  - In Aequatorialguinea wurde eine neue Verfassung verabschiedet, entsprechende Gesetze wurden jedoch nicht in die Praxis umgesetzt.

"vorgezogenen" Präsidentschaftswahlen in vier Jahren ein. Solange **Aemter vor allem als Pfründe** gesehen würden, gäbe es keine richtige Demokratie.

Botschafter **Pierre Monod**, Akkra, ist u.a. für **Liberia** und **Sierra Leone** zuständig, die zu **Afropessimismus** Anlass geben können. In Sierra Leone hat der jüngste Militärputsch Afrikas stattgefunden. Staatschef Stasser wolle ein System analog zu **Ghana** anfangs der 80er Jahre einführen. Das Versprechen der früheren Regierung, ein Mehrparteiensystem einzuführen, erneuerte er, ohne ein Datum für die Wahlen anzugeben. In Ghana schritt Rawlings vor rund einer Dekade zur **Dezentralisierung**. Die Distrikte werden durch Volksmehrheiten verwaltet, was ein Erfolg sei. Das Volk habe sich für ein Mehrparteiensystem ausgesprochen und einen Verfassungsentwurf angenommen. Es gab weder gewalttätige Demonstrationen noch eine Nationalkonferenz. Im **November sollen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen** stattfinden. Nach der Aufhebung des Parteiverbots gibt es inzwischen sechs Parteien. Die Regierung sorgt für Ruhe und Ordnung mit repressiven Gesetzen, deren Handhabung indessen relativ erträglich sei. Seit der Unabhängigkeit wurden drei Versuche zur Schaffung eines Mehrparteienstaats unternommen. Sie scheiterten jeweils an Wirtschaftskrisen. Die Wirtschaft werde nun wieder aufgerichtet. Das Land sei ein Beispiel dafür, wie sich die Demokratie unter günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen entwickeln könne. Die Schweiz habe sich eines engen Dogmatismus zu enthalten und der Entwicklung des jeweiligen Landes Priorität zu geben.

Laut Botschafter **Peter von Graffenried**, Abidjan, macht der **Demokratisierungsprozess** an der **Elfenbeinküste Rückschritte**. Zwar seien die Institutionen gegeben (Parlament, demokratisch gewählter Regierungschef). Aber noch sei der "Alte" da, der seinen Platz nicht räumen wolle. Houphouët-Boigny könne noch klar denken und verfüge über weitreichende Macht; es gäbe keine Gewaltentrennung. Das werde sich ändern, wenn er nicht mehr da sei. Die sich zuspitzende Krise komme der Opposition zugute. Im Falle **Guineas** habe kürzlich der Justizminister die Schweiz besucht. Parlamentswahlen hätten zwar "auf afrikanische Art" stattgefunden, doch sei eine **gewisse Solidität** festzustellen. Eine **Unterstützung des Demokratisierungsprozesses ist gerechtfertigt**. Eine solche habe sich nicht nur auf Finanzierungen zu beschränken. Es gehe darum, den **Prozess zu begleiten, das Volk zu informieren**. Im **Burkina Faso** hätten unter Anwesenheit ausländischer Beobachter **Wahlen** stattgefunden. Sie seien normal verlaufen, bis man die Urnen geöffnet und beträchtliche **Betrügereien** festgestellt habe. In einem solchen Fall hätten ausländische Beobachter zu betonen, dass man nicht gekommen sei, um einer Farce beizuwohnen. In **Niger** wolle man bis Ende Jahr **Parlaments- und Präsidentschaftswahlen** abhalten. Die ausländische Beteiligung wird gegenwärtig aufgeteilt. Die Aufgabe sei riesig angesichts der

duum unbesehen von seiner Religion oder Hautfarbe schützt. Die Idee der **Gewaltkontrolle** sei nichts neues für Afrika und habe teilweise bereits in gewissen **vorkolonialen Gesellschaften** existiert. Neben den zivilen und politischen Rechten gilt es, ein **Minimum an wirtschaftlicher Entwicklung** und die Erfüllung der Grundbedürfnisse zu ermöglichen. Dabei gäbe es kein generelles Modell. Wichtig sei, dass die zivile Gesellschaft gefördert werde, und dass deren Mitglieder bereit seien, öffentliche Verantwortung zu übernehmen. Wir seien verurteilt, einen solchen Prozess zu unterstützen. Wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen seien Teil desselben Parameters. Wenn ein politischer Wille vorhanden sei, müsse eine solche Bewusstseinswerdung begleitet werden.

**Strikte Konditionalität** sei ebenso **zu vermeiden**, wie überhaupt keine Bedingungen zu stellen. Die Frage der Konditionalität taucht in der öffentlichen Meinung und im schweizerischen Parlament auf. Verdienen Länder Hilfe, deren Menschenrechtssituation niederschmetternd ist? Bei der Förderung des Demokratisierungsprozesses sollte die Konditionalität überlegt angewandt werden. Die Schweiz könne hier Wissen anbieten, ohne gerade ihr Modell exportieren zu wollen. **Fortschritte in der Menschenrechtsfrage** dürfen durchaus einen **Niederschlag auf die bilateralen Beziehungen** haben. Der DVR stehen pro Jahr rund 1 Mio. Fr. - 1993 aus Budgetgründen voraussichtlich 900'000.- Fr. - für multilaterale Aktionen zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist auf die geplante "**Stiftung für die Förderung politischer Reformen**" hinzuweisen. Dieser sollen 2 Mio. Fr. über 5 Jahre zur Verfügung gestellt werden. Sie könnte den Kontakt zu interessierten Kreisen im Ausland fördern, round tables und Reisen von Experten finanzieren. Laut SI kann eine solche Stiftung die Verwaltung entlasten.

### Referat von Henri-Philippe Cart, DEH

Die Demokratisierung hat, gemäss Henri-Philippe Cart (CP), **auf die speziellen Gegebenheiten der Gesellschaft und auf komplexe Verhältnisse Rücksicht zu nehmen**. Wie kann der **Volksstamm**, der oft als Gefahr aufgefasst wird, in eine moderne Demokratie integriert werden? Afrika ist den Folgen der Kolonisation, der Konsumgesellschaft und Ideologien aus dem Norden ausgesetzt und hat sich selbst zu finden. Der "gute König" ergreift das Wort am Ende der Diskussion des Aeltestenrates, nicht zu Beginn; er ist Garant des Konsenses. Dies beziehe sich auch auf die moderne Präsidentschaft. Solche **lokalen Realitäten können gestärkt werden, indem wir sie begleiten**. Die Konditionalität (Menschenrechte, gute Führung der öffentlichen Geschäfte) hat sich an die jeweilige Gesellschaft anzupassen. Man solle sich hüten, die Konditionalitäten zu stark auf amerikanische oder eurozentristische Vorstellungen auszurichten. Wichtig sei ein **koordiniertes bilaterales Vorgehen** und ein **konstanter Dialog** mit dem Partner.

innerdepartementalen Arbeitsgruppe wird diskutiert, wer für die jeweiligen Projekte finanziell zuständig ist. Bisher wurden 50 Beobachter ausgebildet, davon sind 40 verfügbar. Sie können relativ kurzfristig aufgeboten werden. Kurse finden auch dieses Jahr statt. Der Einbezug von Parlamentariern ist auch eine gute PR-Uebung zur innenpolitischen Abstützung. Generell ist die **Akzeptanz in der Schweiz gegeben**, Wahlbeobachtung wirft keine hohen Wellen. Das Instrument ist **neutralitätspolitisch unbedenklich**; ein unparteilicher Einsatz ist gewährleistet.

Zu beachten ist der Sicherheitsaspekt. Im Falle Aethiopiens wurden schwierige Gebiete gemieden. Eine **Schwachstelle bildet die Koordination**. Die Wahlbeobachtung ist **relativ jung**. Eine gewisse Erfahrung besteht bei den **Commonwealth-Staaten**. Die UNO hat dieses Jahr eine "**Groupe d'assistance électorale**" gegründet. Im Oktober wird unter Schweizer Beteiligung in Ottawa ein Expertentreffen stattfinden, das zur Formulierung von "standing procedures" führen sollte. Im allgemeinen ist einer **Koordination durch die UNO** der Vorzug zu geben. Wichtig ist aber auch der **Beistand der jeweiligen Schweizer Botschaft**. Im Falle Aethiopiens war dies exemplarisch. Was die Einsatzdauer betrifft, so ist es von Vorteil, wenn Beobachter bereits im Vorfeld einer Wahl anwesend sein können.

### Diskussion

SI weist auf den Bedarf nach Aktionen "amont et aval" bei Wahlen hin. Laut CP wird in Madagaskar ein "Centre national d'observation aux élections" z.T. durch die Caritas finanziert. Neben, oder anstelle einer Wahlbeobachtung könne man auch Material zur Sensibilisierung der Wähler zur Verfügung stellen.

GY nimmt Bezug auf die **Konditionalität**. Zentral seien **Eigenanstrengungen** des betreffenden Landes. Wir können nie mehr als katalytisch wirken. Dabei gehe es nicht darum, dem Land schulmeisterlich zu sagen: "Wenn ihr dies tut, machen wir das....". Das Land müsse vorher analysiert werden, und wenn eine positive demokratische Entwicklung festgestellt werde, könne man sich engagieren. Er macht auf die Diskrepanz aufmerksam, zwischen den 2 Mio. Fr., die dem Sonderprogramm "Stiftung zur Förderung politischer Reformen" zur Verfügung stehen, und dem Gesamtbudget der Entwicklungszusammenarbeit. Man solle sich nicht mit punktuellen Aktionen abfinden, wie sie bisher getätigt wurden, während die Hauptmittel wie eh und je an die **Entwicklungszusammenarbeit** gehen. Letztere **gelte es zu überdenken**. Wie demokratisch ist unsere Entwicklungszusammenarbeit? Es gebe erfolgreiche Projekte, andererseits erstaune es, wenn man von Entwicklungshelfern höre: "Nach zehn Jahren ist es uns endlich gelungen, den Dialog mit der Bevölkerung zu finden". Leute mit einem "Basis Approach" sind zu

Modell ist wohl **kaum geeignet, das Problem der weissen Minderheit in Südafrika zu lösen**. Attraktiv für weisse Südafrikaner scheint auch die **Idee einer institutionalisierten permanenten Koalition** (Zauberformel). Von seiten des ANC, der in der Verfassungsdiskussion von marxistischen Freunden beeinflusst ist, wird dies als Versuch der weissen Minderheit gewertet, eine starke Zentralgewalt blockieren zu können. Während die Regierung für das Westminster-Modell tendiert, spricht sich der ANC für die Alternance aus. An Einladungen von privater Seite für Seminare in der Schweiz (Föderalismus, dezentraler Staatsaufbau) zeigte die südafrikanische Opposition kein Interesse.

Befriedigt über die schweizerische **Wahlbeobachtung in Kongo** zeigt sich MA. Denkbar wäre eine Beteiligung an früheren Wahlgängen gewesen, die komplizierter waren. In **Togo** hätten lediglich die Kanadier die Entsendung eines Experten erwogen. Zu beachten ist das Phänomen **beschleunigter Wahlen**, wie z.B. in **Zaire**, wo Belgien, Frankreich, die USA praktisch verpflichtet seien teilzunehmen. Hier bestehe auch ein **Risiko für Wahlmanipulation**. Bezüglich der "Stiftung für die Förderung politischer Reformen" warnt er vor der Versuchung, Experten beizuziehen, die Modelle verkaufen. Man benötige **Leute mit grosser Sensibilität** für die Anliegen des betreffenden Landes. Allzuoft bestehe eine Tendenz, nur formelle Aspekte abzudecken. Er ermutigt zur **Einladung von Journalisten, Stages am Fernsehen, Ausbildung von Zentralbankfunktionären, Richtern und Staatsanwälten**. Mit relativ geringen Mitteln und etwas Ideen könne man hier einiges tun. Bei der Propagierung des **Föderalismus** sei Vorsicht geboten. Machthaber in Afrika begegneten Widerspruch oft mit Misstrauen. Nützlich können auch **politische Kontakte in der Zentrale** sei. Damit zeige die Schweiz, dass sie zum Dialog offen ist. Allzuoft gelte sie lediglich als Zufluchtsort grosser Barone.

**Walter Suter (SU)**, Asuncion, erläutert die schweizerische Beteiligung am Demokratisierungsprozess in **Paraguay**. In **Zusammenarbeit mit einer zentralen Wahlbehörde wurde eine Bürgeraufklärungskampagne durchgeführt** (Motivation zum Eintrag ins Wahlregister, Teilnahme an Wahlkampagnen). Als indessen die Mehrheitspartei die Munizipalwahlen in Asuncion und in anderen Gemeinden verlor, war sie nicht mehr bereit zu einer schweizerischen Beteiligung an der Vorbereitung der zweiten Wahl. Stattdessen wurde eine brasilianische Werbeagentur engagiert. Die Wirksamkeit der schweizerischen Aktionen war indessen unbestritten. Neben dem von Fluchtgeldern getrübbten Bild der Schweiz wurde nun auch wahrgenommen, dass die Schweiz eine politische Kultur hat. In Paraguay zweifle man nicht daran, dass sie ein demokratischer Rechtsstaat ist.

SC erwähnt die **Unterstützung ausländischer Parteien durch Stiftungen grosser deutscher Parteien** und fragt sich, was die Schweiz bieten könne? SI weist darauf hin, dass



06 - 4. Sep. 92 - 10

grüne Kopie [dodis.ch/55905](http://dodis.ch/55905)

POLITISCHE ABTEILUNG II  
p.A.133.41.-HDA/MTR

Bern, 1. September 1992

**Botschafterkonferenz (Afrika-Seminar)**

**NOTIZ AN:**

Herrn Botschafter **Peter von Graffenried**, Schweizerische Botschaft Abidjan  
Herrn Botschafter **Peter Schweizer**, Schweizerische Botschaft Addis Abeba  
Herrn Botschafter **Pierre Monod**, Schweizerische Botschaft Akkra  
Herrn Botschafter **Heinrich Reimann**, Schweizerische Botschaft Algier \*  
Herrn **Max Heller**, Chargé d'affaires, Schweizerische Botschaft Antananarivo \*  
Herrn Botschafter **Ernst Thurnheer**, Schweizerische Botschaft Kairo \*  
Herrn **Pierre Riem**, Geschäftsträger, Schweizerische Botschaft Conakry \*  
Herrn Botschafter **Walter Gyger**, Schweizerische Botschaft Dakar  
Herrn **Jörg Kaufmann**, Schweizerische Botschaft Dar es Salaam \*  
Herrn Botschafter **Peter Hollenweger**, Schweizerische Botschaft Harare  
Herrn **Walter Bopp**, Geschäftsträger, Schweizerische Botschaft Khartum \*  
Herrn Botschafter **Robert Mayor**, Schweizerische Botschaft Kinshasa  
Herrn Botschafter **Thomas Wernly**, Schweizerische Botschaft Lagos  
Herrn **Giambattista Mondada**, Geschäftsträger, Schweizerische Botschaft Luanda \*  
Herrn **Conrad Marty**, Geschäftsträger, Schweizerische Botschaft Maputo \*  
Herrn Botschafter **Armin Kamer**, Schweizerische Botschaft Nairobi  
Herrn Botschafter **Blaise Schenk**, Schweizerische Botschaft Pretoria  
Herrn Botschafter **Willy Hold**, Schweizerische Botschaft Yaoundé  
Herrn Botschafter **Henri Cuennet**, Schweizerische Botschaft Kuala Lumpur \*  
Herrn **Walter Suter**, Geschäftsträger, Schweizerische Botschaft Asuncion  
Herrn Botschafter **Pierre-Yves Simonin**, Politische Abteilung II  
Herrn Minister **Blaise Godet**, Direktion für Völkerrecht  
Herrn **Henri-Philippe Cart**, DEH, Abteilung Politik und Planung  
Herrn **Peter Sutter**, Politische Abteilung III, Dienst für Friedensfragen  
Herrn **Jean-François Kammer**, Politische Abteilung I, Frankophoniedienst  
Herrn **Markus-Alexander Antonietti**, Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik  
Herrn **Rolf Gerber**, EVD, BAWI, Afrikanische Entwicklungsländer  
Herrn **Jean-Daniel Gerber**, EVD, BAWI, Wirtschaftspolitische  
Entwicklungszusammenarbeit  
Herrn **Stefan Flückiger**, EVD, BAWI, Wirtschaftspolitische Entwicklungszusammenarbeit  
Frau **Lilo Berger-Kirchner**, EMD

Herrn **Arthur Schaub**, EMD

Herrn **Daniel Haener**, Politische Abteilung II

Frau **Erika Schläppi**, DVR, Sektion für Menschenrechte

Frau **Andrea Reichlin**, DVR, Sektion für Menschenrechte

Herrn **Guillaume Scheurer**, Direktion für Völkerrecht

Herrn **Jean Dessoulavy**, Politisches Sekretariat

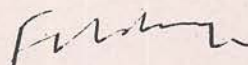
Zur Kenntnis:

- Schweizerisches Generalkonsulat Johannesburg
- Schweizerisches Generalkonsulat Freetown
- Schweizerisches Generalkonsulat Lomé
- Schweizerisches Generalkonsulat Windhoek
- Schweizerisches Konsulat Kapstadt
- Schweizerische Vertretung Kigali
- Schweizerische Vertretung Cotonou
- Schweizerische Vertretung Ouagadougou
- Schweizerische Vertretung Bujumbura
- Schweizerische Vertretung Niamey

**Gesprächsprotokoll des Afrika-Seminars**  
**vom 18. und 20. August 1992**

In der Beilage erhalten Sie das Protokoll der Gespräche vom 18. und 20. August 1992.

Politische Abteilung II  
i.V.



Feldmeyer

Beilage: erwähnt

- Kopien (mit Beilage):
- Sekr. BRF
  - Sekr. KE
  - SFR
  - SI, FMD, HDA
  - Politisches Sekretariat
  - DEH, Sektion Ostafrika
  - DEH, Sektion Westafrika
  - DEH, Sektion Politik und Forschung
  - Direktion für Völkerrecht, Sektion Menschenrechte, J.-D. Vigny,
  - DIO, Abteilung UNO und internationale Organisationen
  - PA III, Dienst für Friedensfragen
  - DVA, Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals
  - Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik
  - EVD, BAWI, Afrikanische Entwicklungsländer

\* Die mit Stern bezeichneten Adressaten erhalten zusätzlich die während des Seminars aufgelegten Unterlagen